









# Gewerkschaftsbewegung

## Metallarbeiter für zweiseitige Lohnverhöhung

In einer am 16. September stattgefundenen Delegiertenversammlung der Firma **W. H. G. & Co.**, Kamenborn, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Anbetracht der höchsten wirtschaftlichen Lage der Metallarbeiter in unserem Gebiet, fordert die Delegierten der Firma **W. H. G. & Co.** die Berücksichtigung des **W. H. G.** auf folgende Schritte zu unternehmen, um eine zweiseitige Regelung herbeizuführen. Die Delegierten fordern die Zulage von 1 Reichspfennig ab 2. Oktober als eine **Verzinsung** der Metallarbeiter. Des Weiteren fordert die Delegierten, daß sofort in sämtlichen Metallbetrieben Stellung zu dieser Angelegenheit genommen wird. Wir verweisen der Belegschaft sowie der Ortsverwaltung, bei dem bevorstehenden Kampf ihnen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Seite zu stehen.“

## Auch die Berliner Eisenbahner für Kampf um Lohnverhöhung

Am 15. und 16. September d. J. tagten in Schmöbs Gesellschaftshaus in Berlin die Mitglieder der Abteilungen Betriebs- und Werkstättenarbeiter, um Stellung zur Revision der Anlage II des Lohnstarifvertrages der Eisenbahner zu nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 15. September 1927 in Schmöbs Gesellschaftshaus stattgefundenen und gut besuchte Mitgliederversammlung, Abteilungen Betriebs- und Werkstättenarbeiter, des Eisenbahner Berufsverbandes, stellt mit Entschiedenheit fest, daß die Reichsbahnverwaltung auf die von den Tarifvertragsparteien am 31. August beantragte Verhandlung über Lohnverhöhung noch keine Antwort erteilt hat. Wenn auch die Forderung nach einer Lohnverhöhung von 10 Prozent nicht herabgerückt ist, so haben die fortlaufende Teuerung und die bevorstehende Mietverhöhung die unternommenen Schritte der Tarifvertragsparteien gerechtfertigt. Die Verammlung verpflichtet sich, das Vorgehen der Gewerkschaftsinitiativen des Eisenbahner Berufsverbandes, der Eisenbahner Deutschlands nicht nur in weitestgehender Weise zu unterstützen, sondern im entscheidenden Moment die gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen.“

Besonders wird verlangt, daß die Reichsbahnverwaltung endlich auch dem Antrag der Gewerkschaften auf Verzichtung der übermäßig langen Arbeitszeit der im Betriebs- und Werkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nachkommt.

Anschließend hat sich die Sachlage infolgedessen verändert, daß aller Voraussicht nach am Dienstag, dem 20. September 1927, Verhandlungen stattfinden. Die in den Verhandlungen geforderten Zugeständnisse sind handfeste, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der unteren Lohngruppen mit trostlosen Stellen zur Arbeit gehen müssen, aber noch wie vor die gesteigerte Arbeitsleistung durchzuführen haben.

## Mitgliederwahl der Bergarbeiter in Zeil am 18. September der Kämpfe

Der Kamerad **Randner** gab als Vorsitzender einen Bericht über die Lage im Zeiler. Er führte an, daß die Unternehmung im Juni es abgelehnt habe, ohne Lohnverhöhung irgendwelche Lohnverbesserung zu gewähren. Darauf habe die Vertreter des Bergarbeiterverbandes im September erneut die alte Forderung von 80 Pfennig pro Schicht bei den Unternehmern gestellt. Um diese Forderung zu erlangen, kann man aber nicht wie früher, 1911, einfach den Streik beschließen. Warum nicht, das hat er ganz verstanden. Es wäre besser gewesen, wenn der Berufsverband die Kameraden gefragt hätte, daß das an dem letzten gewerkschaftlichen Sachverstand, an der Arbeitseinstellung, an dem Spitem der Wirtschaftsdemokratie überhaupt an der ganzen Gewerkschaftspolitik liegt. Sondern forderte auf, die vom Bergarbeiterverband ausgehenden Kündigungspläne auszuwählen, und damit die Kündigung auszusprechen, welches notwendig ist, um den Kampf aufzunehmen.

In der Diskussion sprachen alle Kameraden für die Kündigung und erklärten, daß in manchen Gruben sogar die Kündigungspläne gar nicht ausreichen, und müßten solche nachgefordert werden, weil alle Kameraden kündigen wollen.

## Auf verschiedenen Gruben ist die Kündigung bis zu 97 Prozent erfolgt.

Der Kamerad **Walters**, Beauftragter des „Volksboten“, glaubte damit seine Pflicht erfüllt, daß er eine ganz gemeine Kommunistenrede hielt. Die Rede kam damit zum Ausdruck, daß er auf die Diskussion hinwies, indem er erklärte, daß überall dort, wo die Opposition in den Gewerkschaften besteht, die Kündigungen verhängen sind. (Zusammenf.: Zu halt früher anders gesprochen.)

Auf der anderen Seite mußte Mathes betonen, daß die SPD nicht für den Austritt aus den Gewerkschaften gewesen ist.

## Die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes

Von H. Estfen

Am 7. Juli ist das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung vom Reichstag angenommen worden. Es handelt eine Einzelgesetz von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Zur die kommunalistische Fraktion hat aus „gründlichen“ Erwägungen gegen das Gesetz abgestimmt. Am 1. Oktober ist in Kraft. Wenn die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie behaupten, dieses Gesetz bedeute gleichzeitig eine Sieg über die bürgerlichen Parteien, so ist darauf hinzuweisen, daß 256 Stimmen für das Gesetz waren und die schillingen Feinde der Arbeitervorteile, die bürgerlichen Parteien sind den Deutschnationalen an der Spitze, für diesen „Sieg“ der SPD gestimmt.

So erklärte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete **Lambach** am 5. Juli in seiner Rede im Reichstag u. a.:

„Infolgedessen hat das Gesetz für uns die Erfüllung von Wünschen dar, die wir in unseren Anträgen formuliert haben.“

Aufhäuser, der Sprecher der SPD, konnte gleichfalls erklären:

„Bei dieser Sachlage war auch die Stellung der Sozialdemokratie im Hinblick auf die Arbeiter und die Arbeiterinnen im Bürgerblocke einschließlich der SPD, auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden soll und diese die Kriegskosten zu tragen haben.“

Am 1. Oktober beginnt die Wirkung des „Gesetzes“. Sehr bald wird es sich wiederum zeigen, daß

das Arbeitslosenversicherungsgesetz eine harte und neue Belastung für die Arbeiter bedeutet. In der Praxis wird sich ergeben, daß das Gesetz weder sozial ist noch irgendwie dem Reichtumsfinden der Arbeiter entspricht. Wenn in der Gewerkschaftszeitung (Nr. 20, 27. Jahrgang) erklärt wird: „Als Ganzes kann das Gesetz befriedigen, so wollen wir dem entgegen, daß die Arbeiter Erwerbslosigkeit, ein

Die Kameraden **Hoppe** und **Krause** haben dem Beauftragten die gebührende Antwort auf seine Kommunistenrede erteilt. Der Kamerad **Hoppe** wies nach, daß nicht die SPD, sondern dort, wo keine Opposition bestand (also SPD), die Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes im Juli in Berlin befanden. So ist z. B. die Zahl der Zeiler von 755 auf 230 Mitglieder heruntersinken geblieben worden. Nun, Kamerad **Krause**, denn Schweigen in der Mitgliederwahl ist nicht wieder einmal bewiesen, daß Du Dich ganz gehörig blamiert hast.

## Die Kriegsopter appellieren an den Reichstag

Der Reichsverband Deutscher Kriegsopterbesitzer und Kriegsopterhändler, e. V., schreibt uns:

Nach den Zusage des Herrn Reichsfinanzministers Dr. **Röcher** soll mit der Regelung der Beamtenbezahlung auch die Verbesserung der Rentenbezüge der Kriegsopter erfolgen. An der in den letzten Tagen stattgefundenen Sitzung des Reichsausschusses der Kriegsopterbesitzer und Kriegsopterhändler wurde festgehalten, daß indes der Sachverhalt des Reichsarbeitsministeriums, Herr Geheimrat

## Feiler und Maschinisten! Auf zur Verbandstagswahl

Am Sonntag, dem 25. September, findet in allen Zählstellen des 11. Wahlkreises, Westfälischer Mitteldeutsches, Sitz Halle, die Wahl zum 18. ordentlichen Verbandstag statt. Kandidat der Opposition ist der

Kollege **Erich Schwarzlopf**, Wittenberg.

Kollegen des Feiler- und Maschinistenverbandes, tretet in den Reihen für die Wahl des Kollegen **Schwarzlopf** ein.

# Lebensmittelarbeiter-Verbandstages

### Kommt es zur Verschmelzung? — Kommunistenhebe — Ausschlussdrohungen

Am Sonntagabend und Montagfrüh wurden in Weisig drei Verbandstages der Lebensmittelarbeiter eröffnet. (Die Eröffnung des Fleischerverbandes erfolgt erst Dienstag.) Als wichtigster Punkt steht auf allen der Tagungen die Verschmelzung zu einem **Industrieverband** auf der Tagesordnung. Alle Verbandstage, auch der vorgelegte gemeinsame Verbandstag, finden im „Volkshaus“ statt.

Vertreter zu allen Verbandstagen sind der **IGB** in **Grasman**, für die Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter deren **Stefan Schifferlein** (Wien). Eine Reihe ausländischer Organisationen haben Vertreter entsandt.

### Kommt es zur Verschmelzung?

Nach den Reden **Grasmanns** und des **Kraifer** des „Vorwärts“ vom Sonntagabend und der **Leipzig** **Volkszeitung**, in denen überall die Verschmelzung als eine dringende notwendige Forderung hervorgehoben wird, kann man der Voraussicht sein, daß die Verschmelzung nicht mehr verzögert wird. In den Eröffnungsreden dagegen kommen sehr harte Anspielungen gegen die Verschmelzung.

zur Geltung. **SPD**-Delegierte gegen **SPD**-Delegierte in dieser entscheidenden Frage des Gewerkschaftswesens, das zeigte der erste Verbandstags.

Am ersten Tage wurden die Berichte der Hauptvorstände entgegengekommen und in die Aussprache eingeleitet. Die Verschmelzungsfrage selbst wird erst unter dem zweiten Punkt der Tagesordnung behandelt. Kommt die Verschmelzung der vier Verbände nicht zustande, so wird sich denn doch der Verband der Köchinnen mit dem Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verband vereinigen.

### Verbandstag des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes (Denag)

Vor 63 Delegierten eröffnete **Diemeier** den Verbandstag. In der Eröffnungsrede betonte er, daß wir zusammengekommen sind, um zu prüfen, ob die einschlägigen Tatsachen richtig war, ob sie mit der richtigen waren. Letztere Tagung bekommt ein besonderes Gewicht durch die Verschmelzungsfrage. Vor drei Jahren haben wir auf unserem Verbandstag in Weisig eine Beschlüsse, daß wir willens zur Vereinigung sind, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien. Wir haben zu prüfen, ob die Voraussetzungen da sind.

**Schifferlein**: Wenn wir im Ausland bereits Industrie- und Gewerkschaften haben, die uns im Ausland nichtig ist eine Stärkung, so muß sie kommen.

Nach der dem Geschäftsbericht gibt **Schifferlein** (Berlin) die freche Erklärung ab, daß die in Berlin angenommenen Anträge zum Verbandstag nur durch eine Zweidrittelmehrheit entstanden sind und er diese Anträge niemals vertritt. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden **Diemeier** behandelt nur die beiden Fragen: Was

Organ der SPD, in Nr. 33 heißt: „Und das kann dieses Gesetz den Arbeitnehmern nicht befriedigen.“

In dieser Stellungnahme kommt sehr deutlich die Furcht zum Ausdruck, daß die kommenden Auseinandersetzungen über die Schuld an dem Gesetz keine SPD-Arbeiter her wird.

Einige allgemeine Auseinandersetzung nun aufzunehmen. Es kommt gegenwärtig vielmehr darauf an, der Arbeiterklasse klarzumachen, wie die Bestimmungen des Gesetzes abgehandelt werden. Die wichtigsten Bestimmungen sind nicht nur für die Arbeiter wichtig, die zurzeit noch erwerbslos sind, da sie bereits am 1. Oktober durch das Gesetz übernommen werden. Sie treffen auch auf jeden Arbeiter zu, weil bei der Unkenntnis und Nichtbeachtung der wichtigsten Vorschriften ein großer Teil der Arbeiter hoch Beitragspflicht bei Arbeitslosigkeit keinerlei Unterstützung erhält. Wir bekräftigen uns darauf, die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, das 270 Paragraphen enthält, zu erläutern.

### Der Organisationsaufbau

unterscheidet sich grundräßig von der bisherigen Arbeitslosenversicherung. Bisher unterstanden die Arbeitslosen der Kommunalverwaltung. Die Landesarbeitsämter als weite Instanz hatten nur die logenartige sachliche Aufsicht. Verwaltungsmäßig hatten die Landesarbeitsämter den verschiedenen Aufsichtsbereichen unterstellt. In Preußen z. B. den Provinzialbehörden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung stellte die obere Instanz dar. An demselben geschäftlichen Monopolist standen diesem

Wit dem Instanzstellen der Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird eine völlig neue Organisation geschaffen, die sich auf das gesamte Reichsgebiet erstreckt. Als oberste Behörde ist eine Reichsanstalt, die in Berlin, geschaffen, die wiederum zur Durchführung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge untere Organe zur Verfügung hat. Der Gesamtaufbau gliedert sich wie folgt:

1. Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter (bisher Arbeitsämter).
2. Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter.
3. Verwaltungsrat der Reichsanstalt.
4. Vorstand der Reichsanstalt.

# Betriebsmord!

## Durch Braunkohle verschüttet

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verunglückte auf Grube „Margarete“ bei Mauthagen der Häuer **Albert Hüttner**, indem er von einer sich lösenden Wand verschüttet wurde. Erheblich verletzt wurde er in seine Wohnung geschafft, wo er mit harten Schwellungen darniederliegt.

Rechtsanwälte, die Erklärung abgegeben, daß es technisch unmöglich sei, mit der Zahlung der **Stoßereuten** eine etwaige Zahlung von **Berghaus** für die zu erwartende Gehaltssteigerung zu veranlassen. Der Reichsverband Deutscher Kriegsopterbesitzer und Kriegsopterhändler hat sich demgegenüber mit einem wohlbegründeten Antrag an die Fraktionen des Reichstages ernandt und dringend die Einberufung des Ausschusses für Kriegsopterfragen nachgefordert, damit dieser analog den Beschlüssen der Forderung von **Wahltag** Zahlungen für die Beamten auch von der Ermächtigung Gebrauch macht.

Vorkehrungen auf die Rentenangehörigen der Kriegsopterbesitzer und Kriegsopterhändler

zu beschließen. Der Reichsverband weist in seiner Begründung ganz besonders auf die im Monat Oktober wirksam werdende **Wahltag**erhöhung hin, die einen sofortigen Ausgleich notwendig mache.

abgeklärt, auch die Diskussion und die Sonntags- und Nachtarbeit. Von einer Prüfung der Taktik und der Kompromitt unter zu irgendwelchen anderen aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung, so wie sie Diemeier in der Eröffnungsrede verpackt, nur im Geschäftsbericht nichts zu hören.

In der Diskussion sprachen neugierig, darunter vier oppositionelle Kollegen. Die Hauptfragen der Diskussion, in deren Verlauf der **Verbandstag** über **Schifferlein** von **SPD**-Mitgliedern angegriffen wurde, sind der Verschmelzung und die Kündigungen, die hohen Beiträge, die Sonntags- und Nachtarbeit, die Fragen der Tarifpolitik sowie Jugend- und Frauenfragen.

### Der Verbandstag der Köchinnen

wurde durch den Vorsitzenden **Rückert** eröffnet. 37 Delegierte nahmen teil. In der Eröffnungsrede erklärte **Rückert** die wichtigsten Aufgaben dieses Verbandstages ist die Verschmelzung. Jeder muß man die Verschmelzung ausprechen, daß der Gewalts der Verschmelzung zurückgeht. Verschmelzung ist die Verschmelzung ist ein **Perlen** und **Nachtarbeiten**. Wir dürfen unsere Hand dazu heinesfalls bieten.“ Nach den Begrüßungsansprachen nimmt **Grasman** das Wort zum Geschäftsbericht.

**Schifferlein** betonte als Redakteur Lubuschte sich selbst und entfaltete eine mitleidige Rede gegen die Opposition. Er fordert die Aufrechterhaltung des Organs auch im neuen Verband um seinen Boden auch weiterhin ausüben zu können.

In der Diskussion sprach als erster oppositioneller Kollege: **Gertrude Schröder** aus Berlin. Er unterzog die Tätigkeit des Vorstandes einer scharfen Kritik und wies nach, daß alle Mängel und Fehler in der Organisation nicht nur auf die große Wirtschaftskrise zurückgeführt werden können.

### Der Verbandstag der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende **Wader** dem **Reichstag**. Er schildert das Verbandsleben und die Wirkung der Kündigungen. Auf dem Gebiete der Opposition ist der **Reichstag** im vergangenen Jahr erste Kämpfe gestartet.

In der Diskussion beteiligten sich **28 Redner**, darunter die oppositionellen Kollegen **Rahn** (Berlin) und **Wader** (Dresden). Die Opposition bewilligt die **Arbeitslosigkeit** über Arbeit mit dem Hinweis, daß im oppositionellen Berlin die Kollegen **hundertprozentig organisiert** sind.

Die Redner der reformistischen Verbandstagsmehrheit hatten gegenüber den laudativen Darlegungen der Opposition nichts anderes zu erwidern, als Ausschlußandrohungen. Ganz offen erklärten die, die bisherige „Duldbarkeit“ aufzugeben und dem Hauptvorstande **Wader** die **Wahl** zum **Reichstag** zu geben. Ein Schlusswort antwortete der Hauptvorstand **Wader**, daß sich „das Weitere vom Hauptvorstand aus finden werde.“

Charakteristisch ist die Zusammenkunft des Verbandstages. Von den 67 Delegierten sind 33 Anwesende, dazu kommen noch 6 **Verbandsmitglieder** und 3 **Gauler**.

### Hinanspruchnahme der Kollegen

Zum Vorstand der Reichsanstalt ist **Gen. Reg.-Rat Dr. Stryp** berufen worden. Außer dem Präsidenten sind im Vorstand die fünf Vertreter der „Arbeitnehmer“, „Arbeitnehmern“ und Vertretern der öffentlichen Körperschaften vertreten. Dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt steht Dr. **Stryp** ebenfalls vor. Außerdem sind je zehn Vertreter der „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“ und der öffentlichen Körperschaften vorhanden.

Die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter bestehen aus einem Vorsitzenden und aus einer gleich großen Zahl von „Arbeitgebern“, „Arbeitnehmern“ und Vertretern der öffentlichen Körperschaften, in deren Bereich das betreffende Organ der Reichsanstalt die Funktion ausübt. Die Vertreter der „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmergruppen“ werden auf Grund der Vorschläge der wirtschaftlichen Vereinigungen berufen. Vertreter der öffentlichen Körperschaften werden von der **Ausschüsse** ernannt, in deren Bereich das betreffende Amt liegt.

Bei den Arbeitsämtern und den Landesarbeitsämtern werden **Unterausschüsse** gebildet, in denen der Vorsitzende des betreffenden Verwaltungsausschusses resp. sein Stellvertreter den Vorsitz führt. Als Beisitzer zu den genannten Körperschaften kommen u. a. u. **Reichsanstalt** angehörige in Frage, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitz der **Reichsanstalt** **Reichsanstalt** befinden. Unter den **Arbeitnehmer** „müssen mindestens ein Vertreter der Angestellten vorhanden sein. Am **Reichsanstalt** sollen **Arbeitsstellen** wie auch **Abteilungen** für die **Angestellten** errichtet werden.

Zur Erledigung der Streitfragen und für das Einverständnis und **Verhandlungen** wird ein **Spruchsausschuss** bei jedem Arbeitsamt gebildet. Beim Landesarbeitsamt besteht eine **Spruchskommission** und außerdem ein **Spruchsausschuss** beim Reichsarbeitsamt. Der **Spruchsausschuss** beim Reichsarbeitsamt besteht aus dem Vorsitzenden des betreffenden Arbeitsamtes und je einem „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmervertreter“ des Verwaltungsausschusses. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes kann also Einpruch beim **Spruchsausschuss** eingeleitet werden.

Auch den **Arbeitsämtern** des Arbeitsamtes steht die **Verwaltung** bei der **Spruchsausschuss** des Landesarbeitsamtes zu. Wenn der **Spruchsausschuss** des Arbeitsamtes keine frischer getroffene Entscheidung abändert. Der **Spruchsausschuss** beim Reichsarbeitsamt entscheidet im **Revisionsverfahren** über die **Ausscheidung** nach nicht entscheidender Streitverfahren. (Fortsetzung folgt.)













